

Pressestimmen

Empörendes Fehlurteil

Der linksliberale britische „Guardian“ kommentiert die Haftstrafen für Journalisten des arabischen Nachrichtensenders Al-Dschasira International in Kairo: „Die Verurteilung von drei Journalisten des Nachrichtensenders Al-Dschasira in Kairo ist ein empörendes Fehlurteil. (...) Die USA sollten das Druckmittel Finanzhilfe mit Entschiedenheit einsetzen und nicht einfach wegwerfen.“

Juncker hat Wahl gewonnen

Zum Streit um den EU-Kommissionsvorsitzenden meint die niederländische Zeitung „De Telegraaf“: „Es wird immer wahrscheinlicher, dass Jean-Claude Juncker Ende der Woche als neuer Vorsitzender der EU-Kommission nominiert wird. (...) Zum ersten Mal hatten die drei politischen Strömungen vor dem Urnengang angekündigt, wen sie für den Posten vorsehen, sollten sie die Wahl gewinnen. Bei den Christdemokraten, die schließlich stärkste Kraft wurden, war das Juncker. Ihn nun auch tatsächlich zu nominieren, stärkt also die Legitimität des neuen EU-Parlaments und des neuen Kommissionsvorsitzenden.“

Dafür, dass die Entrauchungsanlage nicht von einem Ingenieur, sondern von einem Hochstapler geplant wurde, funktioniert sie doch eigentlich sehr gut! Zumindest so weit ich das beurteilen kann... !!



Interview

„Ulm bleibt meine Heimat“

Annette Schavan zum Abschied aus dem Bundestag und über ihr neues Amt als Botschafterin

BERLIN - Sie will eine gute Botschafterin beim Vatikan sein. Doch auch in Rom wird sie der Heimat Oberschwaben verbunden bleiben. Sabine Lennartz sprach mit Annette Schavan.

Frau Schavan, künftig müssen Sie dem Papst die Kanzlerin und der Kanzlerin den Papst erklären. Was ist schwieriger?

Beides ist reizvoll. Die bisherigen Begegnungen der Kanzlerin und des Papstes zeigen, dass beide ein Faible füreinander haben. Deshalb wartet eine schöne Aufgabe auf mich.

Das heißt, Sie müssen als katholische Theologin gar nicht groß vermitteln zwischen der evangelischen Pfarrerstochter und dem Papst?

Die evangelische Pfarrerstochter hat als CDU-Vorsitzende seit 14 Jahren enorm viel Einblick in die katholische Welt genommen. Vor allem aber ist Deutschland ein Land der Ökumene. Ich habe im eigenen Wahlkreis katholische und evangelische Welten erlebt. Ich bin überzeugt, immer mehr Verbindungen zwischen den verschiedenen Milieus tun uns gut, tun der Kirche gut.

Sie sind jetzt, wenn man so will, in der Außenpolitik gelandet. War das Ihr Traum?

Ich war als Forschungsministerin viel in der Welt unterwegs, und es war mein Wunsch, künftig vor allem international zu arbeiten. Der Vatikan ist für mich die Stelle, in der so viel Wissen über die Welt wie an keiner anderen Stelle angesiedelt ist.

Sprechen Sie Italienisch?

Ich lerne es seit vergangenem Jahr.

Werden Sie auf Ihrem künftigen Arbeitsplatz nicht ziemlich allein unter Männern sein?

Nein, es gibt beim Vatikan einige Botschafterinnen, im September kommt auch aus Frankreich eine ehemalige Ministerin als Botschafterin hinzu.

Haben Sie künftig vier Wohnsitze: Ulm, Berlin, Uhlhingen und Rom? Von Berlin habe ich mich getrennt. Rom und Ulm sind meine Standorte, der Bodensee bleibt Feriendomizil.

Fühlen Sie sich ihrem Wahlkreis Ulm weiter verbunden?

Ulm bleibt meine Heimat, und mental ist der Weg nach Rom fast kürzer als der nach Berlin. Das ist ein Abschied vom Mandat, nicht von der Region. Ich werde versuchen, zum Schwörmontag wieder in Ulm zu sein.

Wenn Sie zurückblicken: zehn Jahre baden-württembergische Kultusministerin, acht Jahre Bundesbildungsministerin. Was war für Sie die schönste Zeit?

Am prägendsten waren für mich die zehn Jahre Kultusministerin. Ein Höhepunkt war für mich im Juli 2001 die Erwiderung auf den damaligen Kanzler Schröder mit seiner Regierungserklärung zur Bildung. Die Bundestagsfraktion hatte mich wegen meiner landespolitischen

Rolle gebeten, zu reden. Mit den vielen Erfahrungen aus dem Land bin ich nach Berlin gekommen. Was meine internationalen Interessen angeht, war Berlin für mich die schönste Zeit.

Die schrecklichste Zeit liegt wohl auf der Hand, das war das vergangene Jahr mit der Plagiatsaffäre. Wie oft ärgern Sie sich noch darüber?

Die Erfahrungen, die ich gemacht habe, sind nicht weg. Aber wenn ich zurückblicke, blicke ich auch auf ungewöhnlich viel Zuspruch und Sympathie in dieser Zeit. Das hilft, die schauerlichen Erfahrungen zu verarbeiten.

Worauf freuen Sie sich jenseits ih-

res neuen Amtes am meisten bei Ihrer Zeit in Rom?

Darauf, nicht mehr nur Tourist zu sein, sondern diese großartige Stadt mitten in Europa genauer erkunden zu können und einmal mehr Gespür für die europäische Geschichte zu bekommen. Ich lebe in Rom in der Residenz im Stadtteil Paolin. Diese Residenz soll ein guter Ort sein für Impulse und Gespräche mit Vertretern aus der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Kultur, der Politik.

Haben Sie ein großes Ziel für Ihr neues Amt?

Ich möchte eine gute Botschafterin sein. Ich möchte vermitteln, was alles in Deutschland an Schätzen vorhanden ist, wenn wir über das Christentum sprechen, was es an Traditionen gibt, welche Persönlichkeiten, die aus ihrem Glauben heraus Kultur prägten. Ich möchte auch an die vielen Gestaltungsmöglichkeiten der Kirchen erinnern. Denken wir nur an Oberschwaben, wo der Jahreskreis vom Kirchenjahr geprägt ist, in jeder Region auf ihre eigene Weise. Wichtig ist mir auch der Religionsdialog. Die Rolle von Religionen für Frieden und Entwicklung, die Rolle des Christentums auf der Seite der Armen hat mich immer interessiert.

Wenn Sie heute Abend in Berlin als Abgeordnete verabschiedet werden, was überwiegt dann: Freude oder Wehmut?

Die Freude auf den Beginn einer neuen Lebensphase ist groß. Gleichzeitig schüttelte ich 20 Jahre aktiver Politik nicht einfach ab. Dazu gehört Wehmut, denn sonst hätte es mir ja nichts bedeutet.

Neue Botschafterin

Unter Papst Franziskus hat der Vatikan als weltpolitischer Akteur an Bedeutung gewonnen, glaubt der scheidende deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, Reinhard Schweppe (65). Unter Benedikt XVI. habe bisweilen der Mut gefehlt, sich öffentlich zu Konflikten zu äußern. Neue Botschafterin im Vatikan wird nun die frühere Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU). Die politische Ziehtochter des ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel war zehn Jahre lang Kultusministerin von Baden-Württemberg. Schavan, Anhängerin der Ökumene, freut sich auf ihr neues Amt. Italienisch lernt sie bereits seit dem letzten Jahr.



Analyse

Gabriel sendet Signale nach links

Von Rasmus Buchsteiner

BERLIN - Rot-rote Lockerungsübungen auf höchster Ebene: Nicht länger als eine Stunde soll es gedauert haben, das Sechs-Augen-Gespräch Anfang Juni. SPD-Chef Sigmar Gabriel saß mit den beiden Vorsitzenden der Linkspartei, Bernd Riexinger und Katja Kipping, zusammen an einem Tisch. Dass man sich auf neutralem Grund in der brandenburgischen Landesvertretung in Berlin traf, war kein Zufall: Schließlich regiert in Potsdam bereits eine rot-rote Koalition. Das Geheimtreffen könnte eine neue Phase im Verhältnis zwischen SPD und Linkspartei einläuten: Kipping und Riexinger hatten um den

Termin gebeten, Gabriel sei dem Wunsch gerne nachgekommen, hieß es in Berlin.

Der SPD-Chef fährt eine Doppelstrategie: Einerseits sendet er der Union das Signal, dass die SPD durchaus über mehrere Optionen verfügt. Andererseits soll er nachher auch die Kanzlerin über das Treffen informiert haben, um keine Irritationen im schwarz-roten Bündnis entstehen zu lassen.

Angespannt sei die Stimmung gewesen, hieß es am Dienstag in Berliner Parteikreisen. Gabriel dürfte keinen Hehl daraus gemacht haben, dass er die Linke schon wegen ihrer außen- und europapolitischen Positionen derzeit nicht für regierungsfähig hält. Das Verhalten führender Linker in der Debatte über die Ukraine-Krise wird den SPD-Chef in seiner Überzeugung noch bestärkt haben. Andererseits weiß er genau, dass ein Bündnis mit der Linkspartei wahrscheinlich die einzige Möglichkeit wäre, dass wieder ein Sozialdemokrat Kanzler wird.

Im vergangenen Jahr hatte Gabriel beim Parteitag in Leipzig einen Beschluss durchgesetzt, nach dem die Sozialdemokraten nach der Bundestagswahl 2017 keine Koalitionsoption mehr ausschließen wollen. Die Nachricht über das Treffen der beiden Parteispitzen löste in den Reihen der Sozialdemokraten allerdings keine Begeisterungstürme aus. Auf-

fällig: SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hatte Gysi, Riexinger & Co. erst am Wochenende die Regierungsfähigkeit im Bund abgesprochen. Parteivize Ralf Stegner, ein führender Repräsentant des linken SPD-Flügels: „Wir brauchen stabile Gesprächskontakte. Aber wir müssen auch besprechen, was uns trennt.“

Auch der fundamentalistische Flügel der Linkspartei sieht jede Annäherung kritisch. Und aus Sicht der Linken-Führung ist es mit einem Spitzentreffen nicht getan. „Gespräche auf den verschiedenen Ebenen sind gut, um das Verhältnis zwischen SPD und Linken zu normalisieren“, sagte Riexinger der „Schwäbischen Zeitung“.

Leserbriefe

Das kann ein hartes Brot sein

Zum Interview „Niemand achtet darauf, dass ein Kind Schreiben übt“ (17.6.):

Frau Müller hat recht: Im Elternhaus und in der Grundschule muss angesetzt werden; und natürlich gehören Kindergarten oder Kindertagesstätte mit ins Boot. Die drei müssen vor dem Schuleintritt der Kinder kooperieren. Nach jahrzehntelanger Erfahrung kann ich jedoch sagen, dass das ein hartes Brot sein kann: Erzieherinnen, die nicht so direkt auf die Schule vorbereiten wollen („die Kinder sollen noch spielen“), Eltern, die gar nicht einsehen, warum ihre eigene, falsche Schreibhaltung für ihre eigenen Kinder schädlich sein soll („bei mir geht das doch auch“) und Kolleginnen, die warten wollen, bis die Kinder in die Schule kommen („das regeln wir dann schon selber“) – all das kann einem neben den nachlassenden Fähigkeiten der Kinder ganz schön zu schaffen machen.

Ob die Schreibschrift wirklich so lebensnotwendig ist, sei dahingestellt. Im Interview sind dazu nur unverbindliche Allgemeinplätze zu lesen. Und was die Schwungübungen angeht, so sind auch da die Meinungen durchaus geteilt. Solche Übungen unterstellen den Übertrag von der Grobmotorik auf die Feinmotorik; das ist ungefähr so, als wenn man auf einem Flugplatz mit dem Auto große Kurven fährt, um es anschließend beim genauen Einparken einfacher zu haben.

Dr. Helge Weinrebe, Mittelbiberach

Viele zusätzliche Konfliktursachen

Zum Artikel „Konfliktlösung statt Dominanz“ (16.6.):

Die Zeiten militärischer Übergriffe zur Landgewinnung sind leider nicht vorbei, und es zeichnen sich viele zusätzliche Konfliktursachen ab. Zu Ende gehende Umweltressourcen und religiöser Fanatismus sind nur zwei davon. Es reicht nicht, dass die USA in eigener Entscheidungshoheit den Weltpolizisten spielen oder sich heraushalten. Die UNO-Gremien mit Spielregeln, die Gewaltbeschlüsse sowie militärische Aktionen herbeiführen können, reichen nicht aus. Überfällig ist ein UNO-System der Konfliktlösung mit internationaler Gewaltanwendung als Ultima Ratio.

In der Ukraine wird ein Teil einer neuen Systematik praktiziert: abgestufte wirtschaftliche Restriktionen gegen die Personen, die hinter der Aggression stehen. Zuerst werden diejenigen belangt, die in bisherigen Kriegen die Kommandos gaben, sich wegduckten und möglichst noch finanzielle Gewinne einstrichen. Weitere Eskalationsstufen bis hin zum militärischen Eingreifen zu definieren, ist eine Herausforderung an die Weltgemeinschaft. Dabei ist der Waffenhandel unter besserer Kontrolle zu stellen. Befragungen der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung unter internationaler Federführung und Einbindung deren Haltung in den Lösungsansatz ist ein Kernelement des Systems. Selten wurden bisher die Machthaber durch ihre Bevölkerung zum Krieg gezwungen. Putin hat sich für sein Krim-Abenteuer zwar einen Freibrief von seinem Parlament geben lassen. Internationale objektive Informationen und Bürgerbefragungen in Russland spielten dabei keine Rolle. Richard Vogel, Biberach

Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir freuen uns über Ihre Briefe. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass wir für die Veröffentlichung eine Auswahl treffen und uns auch Kürzungen vorbehalten müssen. Leserzuschriften stellen keine redaktionellen Beiträge dar. Anonyme Zuschriften können wir nicht veröffentlichen.

Schwäbische Zeitung
Karlstraße 16
88212 Ravensburg
Fax-Nr. 0751 / 295599-1499
Leserbriefe@schwaebische-zeitung.de

Ihre Redaktion

Zitat des Tages

„Landespolitik beschränkt sich bei zu vielen Mitgliedern leider nur auf das Dooffinden von Kretschmann.“



Mit dieser Begründung tritt der bisherige Bundesvorstand und Landesvize Norbert Hense (Foto: kn) aus der Piratenpartei aus und zu den Grünen über.